Nahöstliche Scheidewege

von Reiner Bernstein[1]

Bei gemeinsamen israelisch-palästinensischen Demonstrationen in den vergangenen Tagen war auf Plakaten der Text zu lesen „Nur ein freies Volk kann frei verhandeln“. Gleichzeitig sind das Nahost-Quartett und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hektisch bemüht, die Palästinensische Autonomieregierung von einem Gang in den UN-Sicherheitsrat abzuhalten. Washington befürchtet bei Anwendung seines Vetorechts weltweit einen schweren Imageschaden im arabischen Raum: Turki Al-Saud, der starke Mann in Riyadh, hat in der „New York Times“ mit der Aufkündigung der guten Beziehungen gedroht. Jordaniens König Abdullah II. muss aus Gründen innenpolitischer Balance, zu der die Legitimität der Haschemiten gehört, den palästinensischen Antrag in New York unterstützen. Ägyptens Ministerpräsident Essam Sharaf schließt Änderungen am Friedenvertrag nicht aus.

Seit Februar haben Obama und Abbas nicht mehr miteinander telefoniert. Die Diplomaten quälen sich von einer Verhandlungsrunde zu nächsten, um mit immer neuen Vorschlägen die letzten Hoffnungen auf eine Zwei-Staaten-Lösung zu retten. Das US-Repräsentantenhaus hat den Präsidenten zur Kürzung oder gar zur Einstellung der Finanzhilfe aufgefordert hat; im Haushaltsjahr 2011/2012 würde ihr Umfang 513,4 Millionen Dollar betragen.

Nach außen hinterlässt Netanjahu den Eindruck der Unerschütterlichkeit, doch die Herausforderungen nehmen dramatische Züge an. Legte es der Ministerpräsident zunächst darauf an, seine europäischen Freunde zu umschmeicheln, so rief sein Außenministerium die Botschafter Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands zusammen, um ihnen

[1] Abgeschlossen in Jerusalem am 20.09.2011.

das Recht abzusprechen, in New York eine „diplomatische Katastrophe“ zu verhindern. Die Methode erinnerte an die Vorladung des türkischen Botschafters im vergangenen Jahr, als ihn Liebermans Stellvertreter Ayalon auf ein Armesünderbänkchen verwies, um ihn wegen der Unterstützung der Friedensflottille „Mavi Marmara“ abzukanzeln.

‚Das Ende des Kolonialismus’

Für Netanjahu steht die Sorge im Mittelpunkt, dass die Autonomieregierung nach der internationalen Aufwertung den Gang zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag antreten könnte, um dort den israelischen Souveränitätsvorbehalt über die Westbank und Ost-Jerusalem überprüfen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden zu lassen. Doch das Kabinett in London hat bereits eine Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht, wonach im Gegensatz zur internationalen Rechtsprechung nur noch „heimtückische Kriegsverbrechen“ verfolgt werden sollen. Auch die Bundesregierung wird alles daransetzen, israelische Politiker und Militärs vor juristischen Nachstellungen zu schützen. Indem er die Lage Israels mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg verglich, als das Ende des Kolonialismus eingeläutet wurde, malt Netanjahu das Schreckgespenst der vollständigen internationalen Isolierung an die Wand.

Ein beschütztes tritt an die Stelle des Gelobten Landes, schrieb der Kolumnist Benny Ziffer in „Haaretz“. Der „politische Tsunami“, vor dem Ehud Barak warnte, sei kein Naturereignis, fügte der Historiker Shlomo Avineri hinzu, sondern das Ergebnis von Prozessen und Vorgängen, an denen Israel beteiligt sei. Aufgrund der weltweit sinkenden Zustimmungswerte für die israelische Politik ist selbst der frühere UN-Botschafter Dore Gold, der inzwischen das rechtslastige „Jerusalem Center for Public Affairs“ leitet, in die Defensive geraten

und muss sich auf die Idee einlassen, dass – ohne ins Detail einer favorisierten Klärung zu gehen – auch Palästinensern das Recht auf nationale Normalität zustehe.

„Der Versöhnungszug ist abgefahren und kehrt nicht mehr zurück“, hat einer der maßgeblichen Berater der Autonomiebehörde, Husam Zomlot, den Gang nach New York begründet, ohne damit die Versäumnisse und Schwächen der Autonomieregierung zu beschönigen. Doch ein israelischer Jeep werde nicht mehr frei in den Straßen Ramallahs herumfahren können, und Hamas werde den Anschluss suchen müssen. Dass niemand in Israel, ob rechts oder links oder sonstwo, die deutsch-jüdische Vergangenheit des Holocaust bemüht, um für seine politischen Überzeugungen zu werben, sollte in Berlin nachdenklich stimmen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-